



Antrag

der Fraktionen von FDP, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und SSW

Keine Toleranz bei Drohungen, Schmähungen und Verunglimpfungen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag nimmt mit Sorge die zunehmenden Bedrohungen, Schmähungen gegen und Angriffe auf Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, hauptamtliche Mandatsträgerinnen und Mandatsträger, Kandidatinnen und Kandidaten und weitere politisch Aktive zur Kenntnis. Derartige Verhaltensweisen sind nicht Teil einer demokratischen Auseinandersetzung. Sie haben in einer auf Meinungspluralität und wechselseitiger Toleranz ausgerichteten Gesellschaft keinen Platz und werden vom Schleswig-Holsteinischen Landtag auf das Schärfste verurteilt.

Gleichgültig, ob es um Farbattacken, Sachbeschädigungen, Drohmeldungen oder sogar um physische Gewalt geht, die sich auf Meinungsäußerungen und politische Ansichten oder auf Lebensstil, Weltanschauung, Hautfarbe, Religion oder sexuelle Orientierung von Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern, hauptamtlichen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern, Kandidatinnen und Kandidaten und weiteren politisch Aktiven beziehen, sind solche Angriffe auf jeden Menschen nicht zu tolerieren.

Der Landtag steht geschlossen hinter allen Menschen, die sich für unsere Demokratie einsetzen. Er spricht den angegriffenen, bedrohten, beleidigten und

verunglimpften Betroffenen seine tiefempfundene Solidarität aus. Dies gilt auf allen politischen Ebenen. Denn Demokratie lebt wesentlich auch vom ehrenamtlichen Engagement und der Bereitschaft, viele Stunden für die Arbeit zum Wohle der Gemeinschaft einzusetzen. Deshalb gebührt allen, die sich entsprechend engagieren, der Dank und der Respekt für ihren Einsatz.

Gewalt, ob physisch oder verbal, darf niemals ein Mittel der politischen Auseinandersetzung sein. Denn solche Angriffe sind eine ernste Bedrohung nicht nur für die Betroffenen, sondern das gesamte demokratische Gemeinwesen, auch weil es Menschen abschrecken soll und kann, sich in politische Meinungsbildungsprozesse einzubringen. Eine Verrohung der politischen Debatten, in der Extremistinnen und Extremisten sowie Populistinnen und Populisten fortlaufend und gezielt Grenzen überschreiten, treten wir entschieden entgegen.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird nicht zulassen, dass in Schleswig-Holstein ein Klima der Angst und Einschüchterung entstehen kann. Wir stellen uns allen Kräften entgegen, die durch Drohungen und Gewalt das Vertrauen in unsere Demokratie und die politischen Institutionen erschüttern wollen, denn wir wollen in einem Land leben, in dem es keinen Mut braucht, die eigene Meinung zu sagen und sich im Rahmen der freiheitlich demokratischen Grundordnung dafür zu engagieren und einzusetzen. Dazu gehört es auch, notfalls durch die Sicherheitskräfte des Landes den Schutz und die Sicherheit der gewählten Vertreterinnen und Vertreter sicherzustellen. Uns sind die damit verbundenen Herausforderungen bewusst und der Schleswig-Holsteinische Landtag würdigt ausdrücklich das Engagement aller Sicherheitskräfte zum Schutz der Betroffenen und zur Sicherung unserer Rechtsstaatlichkeit und freiheitlich demokratischen Grundordnung. Vor allem aber bedarf es der deutlichen Haltung der gesamten Gesellschaft, das Schüren von Angst, Hetze und Einschüchterungen nicht zu tolerieren.

Bernd Buchholz
und Fraktion

Thomas Jepsen
und Fraktion

Bina Braun
und Fraktion

Niclas Dürbrook
und Fraktion

Lars Harms
und Fraktion